Die Universität im Zeichen des 40. Jahrestages

Kein Institut ohne Verpflichtung

Historiker haben bereits 21 Vorträge gehalten / Interessante Ausstellung in der Wifa

Aus allen Fakultäten und Instituten der Universität berichten unsere Korrespondenten über neue Verpflichtungen zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Es ist vor allem festzustellen, daß nunmehr viele Universitätsangehörige ihre Bereitschaft erklären, körperliche Arbeit zu leisten. So wollen jeweils dreißig Studenten und ein Wissenschaftler des Dolmetscherinstituts während des ganzen Studienjahres am Wochenende eine Halbschicht in der Leipziger Wollkämmerei arbeiten. Sie versprechen sich neben der Unterstützung der Produktionsaufgaben durch den Kontakt mit den Arbeitern interessante Diskussionen. 42 Arbeiter, Angestellte und Wissenschaftler der Historischen Institute beteiligten sich am 3. Oktober an einem dreistündigen Arbeitseinsatz. Unsere Korrespondentin Hegemann vermutet, daß sich alle Institutsangehörigen der Fünf-Stunden-Bewegung anschließen werden.

Gleichgestimmte Seelen

In der Vorbereitungszeit für den Kartoffeleinsatz fragte ein Student seine zuständige FDJ-Leitung: ob und wieviel ihm vom Stipendium abgezogen würde, wenn er — ohne krank zu sein — sich von den Kartoffeln bescheiden fernhielte.

Die Antwort fiel zu seiner tiefsten Unzufriedenheit aus.

Am nächsten Tag präsentierte er der FDJ-Leitung eine Krankheitsbescheinigung mit dem erlösenden Hinweis, daß das Stipendienproblem sich damit wohl erledigt habe.

Als ich von diesem charaktervollen Lebenskünstler hörte, dachte ich: den würde ich mir gern einmal näher betrachten.

Aber mein Kollege meinte: Na, ich möchte vor allem den Arzt mal sehen! Und — offen gestanden — das wäre natürlich auch sehr interessant! -nn

Besondere Anerkennung verdienen die Mitarbeiter des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien. Dozenten und Assistenten hielten bis zum 25. Oktober bereits 21 Vorträge über Probleme der Oktoberrevolution. Für weitere 16 Vorträge sind bereits feste Abmachungen getroffen worden. Neben dieser propagandistischen Tätigkeit haben sich alle Mitarbeiter der 5-Stunden-Bewegung angeschlossen. Sieben Kollegen wollen mindestens eine Woche im Braunkohlentagebau arbeiten. Die Genossen Voigt, Beygang und Kalisch werden diese Verpflichtung bereits im Januar erfüllen.

In der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät bereiten Wissenschaftler und Studenten gegenwärtig eine Ausstellung vor, die am 3. November in der Wandelhalle des Geschwister-Scholl-Hauses eröffnet wird. Sie will im wesentlichen Einblick in die Entwicklung der Wirtschaft, der Wirtschaftswissenschaft und des Hochschulwesens der Sowjetunion vermitteln. Die Anregung unseres Leitartikels der letzten Ausgabe, die Thesen zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, haben die FDJ-Gruppen der Wifa aufgegriffen. Es ist vorgesehen, daß diese Diskussionen bis Dezember andauern werden.

Die Studenten der Binnenhandelsökonomik haben ihre Kommilitonen, die monatlich fünf Stunden arbeiten wollen, übertrumpft. Die Binnenhandelsökonomen werden monatlich zehn Stunden in der Produktion arbeiten.

Wie wir bereits in unserer Ausgabe vom 15. Oktober berichteten, veranstaltet das Franz-Mehring-Institut am 1. und 2. November eine wissenschaftliche Studentenkonferenz. Auf dem Programm, das uns jetzt bekanntgeworden ist, stehen am ersten Tag ein Referat „Zum Kampf der Arbeiterjugend in der Bundesrepublik gegen Militarismus und Atomkriegsgefahr" und ein Filmvortrag. Der zweite Tag ist der Aussprache vorbehalten.

Solidarität mit Syrien

Unsere E.-L.-Korrespondentin übermittelte uns den Wortlaut einer Protestresolution, die Studenten des Franz-Mehring-Instituts an die UNO sandten. Darin heißt es unter anderem: „Wir Studenten der Seminargruppe III/2 protestieren gegen die Kriegsvorbereitungen durch die Türkei und die USA und schließen uns den Forderungen der Millionen friedliebender Menschen auf sofortige Beendigung des Kesseltreibens gegen Syrien an."

Wir fordern alle Universitätsangehörigen auf, ebenfalls gegen die Bedrohung Syriens zu protestieren. Gleichzeitig bitten wir, die Geldsammlung für die um Freiheit und Unabhängigkeit ringenden arabischen Völker zu unterstützen, die im November in der Universität durchgeführt wird.

Professor Dedié beurlaubt

Wegen diskriminierender Aeußerungen über das Arbeiter- und Bauernstudium in der DDR hat das Staatssekretariat für Hochschulwesen den ehemaligen Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät, Prof. Dr. Dedié, beurlaubt.

Die Redaktion erhielt davon Kenntnis, daß der Rat der Fakultät die Aeußerungen Prof. Dediés verurteilt. In einer Erklärung der Assistentenschaft der Fakultät heißt es unter anderem: „Wir distanzieren uns davon, daß die Grundlagen der Hochschulpolitik unseres Staates, die Förderung des Studiums von Arbeiter- und Bauernkindern, diskreditiert und Arbeiter- und Bauernkinder als von Natur aus Minderbegabte bezeichnet werden. Wir erklären, daß derartige Aeußerungen eines Hochschullehrers unwürdig sind und stimmen dem Entscheid des Staatssekretariats zu."

Universität ehrt Roten Oktober

Der Akademische Senat und die Universitätsgewerkschaftsleitung laden zu einer Festveranstaltung zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 7. 11., 19.30, in die Kongreßhalle ein. Die Ansprache hält Dozent Dr. Schleifstein. Es wirken mit: das Zentrale Volkskunstensemble, das Akademische Orchester und die Studentenbühne der Karl-Marx-Universität.

Universitätsnachrichten

„Der ‚Sputnik' — ein Weltwunder?" So lautet das Thema eines Forum, das am 1. November, 18.30 Uhr, im Hörsaal 40 der Alten Universität stattfindet. Fragen beantworten unter anderem die Herren Prof. Dr. Schneider-Carius, Prof. Dr. Harig, Prof. Dr. Lösche, Prof. Dr. Spiru und Dozent Dr. Schleifstein.

Dreißig sowjetische Touristen waren am Abend des 18. Oktober Gäste der Hochschulgruppe der DSF. Magnifizenz, Prof. Dr. Georg Meyer, begrüßte die Freunde.

In Prag und Warschau weilte kürzlich Herr Dr. E. Emmerling vom Institut für Pädagogik. Es wurden Vereinbarungen über vielseitige Zusammenarbeit getroffen.

Prof. Dr. Belic und Prof. Dr. Icacenko, CSR, sprachen am 11. und 12. Oktober 1957 am Sorbischen Institut über Probleme der slawischen Sprachen.

Die Mitarbeiter der Bauabteilung der Karl-Marx-Universität verpflichteten sich zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution kostenlos die Projektierung für den Ausbau von Dachräumen in der orthopädischen Klinik zu übernehmen, die als Schwesternwohnraum eingerichtet werden sollen. Dadurch werden 4000 DM eingespart.

Prof. Dr. Wilhelm Witte, ordentlicher Professor für Psychologie und Direktor des Psychologischen Instituts der Universität Tübingen sprach am 18. 10. im Institut für Psychologie über „Psychologische Bezugssysteme".

Dozent Dr. phil. habil. Ernst Werner wurde mit Wirkung vom 1. September 1957 zum Professor mit Lehrauftrag für das Fachgebiet Allgemeine Geschichte des Mittelalters an der Philosophischen Fakultät ernannt.

An die UZ geschrieben

Beispiel: Prager Karls-Universität

Was erblickt man auf einer Urkunde über ein im Jahre 1957 an der Karl-Marx-Universität bestandenes Staatsexamen? Der Betrachter hat ein geschmackloses DIN-A-4-Blatt vor sich, auf dessen Vorderseite die Worte „Zeugnis" und „Abschlußprüfung" hervortreten, was auch so ziemlich alles ist. Vergeblich wird man daher auf dem Abschlußzeugnis eines Fachhistorikers beispielsweise, der Zeit seines Studiums als „Diplomand" bezeichnet wurde — zum Unterschied von den Geschichtspädagogen nämlich — das Wort „Diplom" suchen. Man vermißt es ebenso wie die Namen der Herren Professoren, bei denen die Prüfungen abgelegt wurden. Warum, so darf hier wohl nicht unberechtigterweise gefragt werden, wird seitens der Fakultäten unserer Alma mater nicht etwas mehr Wert auf das Aeußere eines Universitätszeugnisses gelegt?

Wir hatten in den letzten Wochen hinreichend Gelegenheit, die beispielhaften Bemühungen um geschichtliche Traditionspflege in der CSR kennenzulernen. Die Diplome der Prager Karls-Universität sehen wahrlich anders aus als die unsrigen: Das in feinen Karton geprägte Universitätssiegel verleiht dem Zeugnis einen feierlichen Ausdruck, und der Betrachter vermag die Wertschätzung des erfolgreich beendeten Universitätsstudiums allein schon an diesen äußeren Vorzügen wahrzunehmen. Sollte das nicht zu denken geben?

Manfred Kobuch

Volker fünf Wochen ohne Worte

Am 9. September versammelten sich sechzig Kommilitonen des 4. Studienjahres der Medizinischen Fakultät in der Härtelstraße, um ihre schon im Mai 1957 eingegangene Verpflichtung, den Arbeitern im Braunkohlenbergbau für eine Woche zur Hand zu gehen zu erfüllen. Wer aber nicht da war, das war der Verantwortliche dieser Aktion, unser FDJ-Sekretär Volker Steinert. Er kam erst 45 Minuten später mit der Meldung, daß die LKW in der Ritterstraße auf uns vergeblich gewartet hätten und nun leer zurückgefahren seien. Laut Einladungskarte sollten wir uns jedoch in der Härtelstraße treffen! Es wäre bestimmt gut gewesen, wenn Volker Steinert den Einsatz anständig organisiert hätte, anstatt während der Messe bei der kapitalistischen Firma „Organon" als Standhelfer zu arbeiten.

Freund Steinert soll an dieser Stelle eine entsprechende Erklärung abgeben, wir warten bereits fünf Wochen lang.

Cand. med. Henning Ritzow

Nach Golde drängt, am Golde hängt? . . .

Es muß ein faustischer Drang gewesen sein, der die Studenten der Juristenfakultät kürzlich aufs Land zum Ernteeinsatz getrieben hat. Denn zwei Seelen wohnten, ach, in ihrer Brust: die Seele des sozialistischen Studenten, der eine gute Tat für die gute Sache vollbringen wollte und die Seele des Studenten von vorgestern, der den Landeinsatz nur als eine willkommene Gelegenheit zum Geldverdienen betrachtete. Der Kampf zwischen beiden erreichte seinen Höhepunkt am letzten Tag, am Zahltag. Geld macht nicht glücklich, aber . . . — nehmen oder nicht nehmen, das war hier die Frage. Man hatte diese Frage zwar bereits in der Parteileitung diskutiert, man hatte dabei eine gewisse Linie erarbeitet, daß man nämlich einen Teil des Geldes als Tagesgeld nehmen, den anderen kraft eigenen Entschlusses der FDJ oder anderen Fonds zur Verfügung stellen wollte) und sie den Parteiorganisationen übermittelt, die alle einverstanden waren. Der Vertreter der FDJ war dabei gewesen, die FDJ mußte also auch davon informiert sein. Aber bei etwas weitherziger Interpretation konnte man sagen, daß eigentlich noch kein Beschluß vorlag. Fern von Leipzig allein und abgetrennt von aller Anleitung — sollte man da nicht etwas weitherzig sein? Schließlich hatte man gearbeitet, hatte gut und schwer gearbeitet.

Das Fazit: Eine Gruppe des 1. Studienjahres nahm die knappe Hälfte des Geldes und gab den Rest der FDJ. Ohne Diskussion und Einwände. Es hat manchen von ihnen hinterher noch etwas weh getan. Aber zu Beginn eines ungeübten menschlichen Verhaltens in der ersten Reihe zu stehen, das tut mitunter etwas weh. Was bleibt und weiter wirkt, ist das gute Beispiel. Nicht ganz dieses gute Beispiel erreichte die andere Gruppe des 1. Studienjahres, die der FDJ einen geringeren Teil zur Verfügung stellen wollte, aber erst nach der Stipendienzahlung. Das 3. Studienjahr entschloß sich, eine Fahrt zu bezahlen, was etwa die Hälfte des empfangenen Geldes ausmachte. Versagt hat das 2. Studienjahr, das genau an dem Punkt anlangte, wo die deutsche Bourgeoisie 1848 schon einmal war: Beim Geld hört die Gemütlichkeit auf. Sie nahmen alles. Opfer für unseren Aufbau künftigen Geschlechtern überlassend.

Versteht sich, daß die Diskussion erst richtig begann, als alle an der Fakultät wieder beisammen waren. Diese Diskussion hat inzwischen, nachdem die FDJ-Leitung zunächst zurückwich, zu einem Beschluß des Parteiaktivs geführt, daß alle mindestens 25 Prozent des verdienten Geldes freiwillig zur Verfügung stellen sollten. Ein guter Beschluß, meine ich. Wie denken die anderen Fakultäten darüber?

Dr. G. Brehme,
Oberassistent der Juristenfakultät

An die Seite der Studenten

Bei einem Landeinsatz tauchen viele Probleme auf, sowohl politische wie die der Perspektive des Dorfes und der Landwirtschaft als auch der Probleme des Zusammenlebens der Studenten, der Hilfsbereitschaft, Kameradschaft, Kameraden[illegible]schaft, des Verhältnisses zum anderen Geschlecht und anderes mehr. Darf der Hochschullehrer, dem unser Arbeiter-und-Bauern-Staat sowie die Eltern die Studenten anvertraut haben, die Studenten mit diesen Problemen allein lassen? Ich meine, nein. Der Hochschullehrer muß, glaube ich, auch die Gelegenheit des Landeinsatzes benutzen, um seine Aufgabe der Persönlichkeitsbildung zu erfüllen. Er gehört deshalb, soweit er altersmäßig und körperlich dazu in der Lage ist, auch beim Landeinsatz an die Seite der Studenten.

Dozent Dr. Ulrich Krüger

Von der Parteilichkeit der Wissenschaft

Kritisches zur Arbeit der Partei am Psychologischen Institut

Wir stehen mitten in der ideologischen Vorbereitung des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Wir alle stehen unter dem tiefen Eindruck, den das Vordringen der sowjetischen Wissenschaft und Technik in den Weltraum, jene in ihren Auswirkungen noch gar nicht voll abzusehende wissenschaftlich-technische Revolution, hervorgerufen hat. Und mit vollem Recht ziehen wir aus den von diesen beiden welthistorischen Ereignissen begrenzten 40 Jahren Weltgeschichte die stolze Schlußfolgerung, daß auch im ganzen Vaterland von Karl Marx und Friedrich Engels letztlich die Zukunft einzig und allein dem Sozialismus gehört.

Mittel zur sozialistischen Umgestaltung

An der Erreichung dieses großen Zieles mitzuarbeiten vor allem durch unbedingte Unterstützung des sozialistischen Aufbaus in unserer Deutschen Demokratischen Republik, das ist Aufgabe und Verpflichtung jedes deutschen Patrioten, in ganz besonderem Maße aber auch unserer Intelligenz. Und in diesem Sinne ist auch die Forschungsarbeit vor allem unserer Genossen Wissenschaftler nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der sozialistischen Umgestaltung unserer Wirklichkeit auf allen Lebensgebieten. Dieser Aufgabe aber kann nur gerecht werden, wer in seiner wissenschaftlichen Arbeit bewußt Partei ergreift für das sich entwickelnde Neue, selbst wenn es auf einzelnen Gebieten unseres Lebens noch schwach erscheint, denn unsere Wissenschaft, der Marxismus-Leninismus, lehrt uns, daß das sich entwickelnde Neue letztlich immer zugleich das Zukunftsträchtige und allein Sieghafte ist.

Von dieser Grundhaltung des marxistischen Wissenschaftlers ausgehend, setzt sich ein Brief der Abteilung Wissenschaften des Zentralkomitees unserer Partei mit der ideologischen Situation an unserem Psychologischen Institut an Hand einer Arbeit des Genossen Dr. Kulka auseinander („Die Berufslage von männlichen Lehrlingen der Metallindustrie", Wiss. Zeitschrift der Karl-Marx-Universität, Heft 2 des 6. Jahrganges).

In diesem Brief wird völlig richtig nachgewiesen, daß Genosse Dr. Kulka in seiner Arbeit lediglich Altes und Neues im Bewußtsein der Lehrlinge nebeneinanderstellt, ohne auch nur die Ursachen z. B. für individualistische Begründungen der Berufswahl bei einigen Lehrlingen zu untersuchen und Wege zu ihrer Ueberwindung zu weisen. So sagt Genosse Dr. Kulka z. B. zusammenfassend zu den Ursachen der Berufswahl:

„Im Beruf allgemein wird neben dem Vorwärtskommen vor allem die Gewähr für einen gesicherten (späteren) Lebensunterhalt gesehen. Die Auffassung des Berufes unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Verpflichtung kommt dagegen weniger zahlreich vor. Eine solche Einschätzung scheint sehr von der Persönlichkeitsreife des Lehrlings abzuhängen, aber auch die ganze ‚Zeitlage' ... ist sicher nicht ohne Bedeutung." (a. a. O. S. 133)

Aber an dieser Stelle, wo eine marxistische Untersuchung eigentlich hätte beginnen müssen, hört sie bei Genossen Dr. Kulka auf! Es ist klar, daß damit nicht einmal die bestehende Wirklichkeit richtig wiedergegeben wird, weil das Neue, die Sicht des Berufes unter dem Blickpunkt einer gesellschaftlichen Verpflichtung, nicht als Neues, sich Entwickelndes gekennzeichnet wird und damit die ganze Tendenz der Entwicklung einfach unter den Tisch fällt.

So kommt es auch, daß Genosse Dr. Kulka direkt entscheidende Umweltfaktoren unserer sozialistischen Wirklichkeit aus seiner Untersuchung ausklammert, so z. B. bei der Untersuchung der Freizeitgestaltung der Lehrlinge zwar Sportgemeinschaften, die Grundeinheiten der GST, Kulturgruppen u. ä. erwähnt, aber dann in einer nicht einmal einer Begründung für wert erachteten Anmerkung dem erstaunten Leser folgendes serviert:

„Die Zugehörigkeit zur Jugendorganisation und die damit verbundene Teilnahme an Versammlungen und Zirkelabenden wird nicht berücksichtigt." (Ebenda, S. 140)

Diese Haltung kann nur die Folge einer völlig ungenügenden Verbindung mit unserem sozialistischen Aufbau beim Verfasser selbst sein. Wir wissen, daß das Bemühen, sich aus dem Klassenkampf gerade auf ideologischem Gebiet „herauszuhalten", nicht klar Partei zu ergreifen für unsere sozialistische Sache, letztlich objektiv immer in das Lager unserer Feinde führt. Auch dafür gibt es in der Arbeit des Genossen Dr. Kulka ein geradezu erschreckendes Zeichen, wenn er, statt von unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat zu sprechen, immer nur von „Mitteldeutschland" redet. Man kann hier auch kaum seiner „Erklärung" Glauben schenken, daß er von dem Sinn, in dem unsere schlimmsten Feinde, die westdeutschen Imperialisten diesen Terminus gebrauchen, erst durch den Brief der Abteilung Wissenschaften des ZK Kenntnis erhalten habe, will man nicht annehmen, daß Genosse Dr. Kulka nicht einmal das „Neue Deutschland" gründlich und regelmäßig studiert.

Keine parteigemäße Auseinandersetzung

Zu all diesen ernsten Problemen führte nun die Parteileitung am Psychologischen Institut am 16. Oktober mit den Parteigruppen der Wissenschaftler und des 5. Studienjahres eine Beratung durch, von der man hätte erwarten müssen, daß hier ausgehend von einer klaren Stellungnahme der Parteileitung, der auch Genosse Dr. Kulka selbst angehört, eine ernsthafte und parteigemäße Auseinandersetzung geführt wird. Statt dessen gab nach einer völlig abstrakten und die sehr konkrete Kritik des Briefes der Abteilung Wissenschaften umgehenden „Diskussionsgrundlage" des Genossen Dr. Hiebsch (ein Schulbeispiel für wahren Dormatismus!) Genosse Dr. Kulka eine „Stellungnahme" ab, die darauf hinauslief, die Kritik unseres Zentralkomitees als unzutreffend, ja letztlich als „unwissenschaftlich" hinzustellen, woran alle platonischen Erklärungen über die „positiven Anregungen" des Briefes nichts zu ändern vermochten. Er verstieg sich dabei sogar so weit, von den „verantwortlichen Schreibern des Briefes" eine „Zurücknahme" ihrer Kritik in bezug auf seine Verwendung des Terminus „Mitteldeutschland" zu „fordern"!

Und hier — es lohnt sich demgegenüber kaum, auf die weitere Diskussion im einzelnen einzugehen — kommt die ernsteste Verletzung der Parteiprinzipien durch die Parteileitung am deutlichsten zum Ausdruck: weder hatte ihr die merkwürdige „Stellungnahme" des Genossen Dr. Kulka vorher vorgelegen noch führte sie den Kampf darum, in dieser unvorbereiteten „Beratung" den Genossen wenigstens das Wesen der führenden Rolle unserer Partei in der Wissenschaft klarzumachen. Denn es war nach der „Diskussionsgrundlage" des Genossen Hiebsch und der „Stellungnahme" des Genossen Kulka gar nicht verwunderlich, daß die erste „Anfrage" einer Genossin des 5. Studienjahres (!) in der Diskussion lautete, welche „fachliche Ausbildung" denn Genosse Walter Mäder, der als für dieses Fachgebiet verantwortlicher Mitarbeiter des ZK den Brief der Abteilung Wissenschaften entworfen hatte, genossen habe. Das kann doch nichts anderes heißen, als daß hier Zweifel daran zum Ausdruck kam, ob die Partei überhaupt „berechtigt" sei, in die Fragen der wissenschaftlichen Arbeit „hineinzureden". In der ganzen weiteren Diskussion tauchte dann auch diese Unklarheit immer wieder in den verschiedensten Formen auf, ohne daß auch nur ein einziges Mitglied der Parteileitung entgegengetreten wäre.

Unsere Ideologie muß siegen

Mit anderen Worten: Bisher hat die Parteileitung alles getan, um die ideologische Verwirrung unter den Genossen zu vergrößern. Wenn sie jetzt nicht endlich zu begreifen beginnt, daß es leeres Geschwätz ist, unter solchen Bedingungen von einer „sozialistischen Umgestaltung" des Instituts zu reden, ohne erst einmal in der Grundorganisation die primitivsten Voraussetzungen dafür zu schaffen, dann wird nicht unsere, sondern die bürgerliche Ideologie am Institut die Herrschaft antreten. Daher wird es jetzt darauf ankommen, diese Beratung in der Parteileitung sehr ernsthaft auszuwerten und die trotz aller aufgetretenen Unklarheiten auch hier vorhandene Bereitschaft der Genossen zum Kampf um den Sieg der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus, wie sie z. B. im Diskussionsbeitrag des Genossen Trommer zum Ausdruck kam, in die richtigen Bahnen zu lenken, damit die Mitgliederversammlung am 30. Oktober wirklich zu einem ersten Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Umgestaltung des Psychologischen Instituts unserer Karl-Marx-Universität werden kann.

Martin Draeger